

Kontaktadresse:

Bürgerinitiative Luftverkehr Offenbach
c/o Ingrid Wagner (1. Vorsitzende)
Edith-Stein-Str. 11

63065 Offenbach

Offener Brief an:

CDU Offenbach
SPD Offenbach
Bündnis 90 / Die Grünen Offenbach
FDP Offenbach
FWG Offenbach
Die Linke
Die Piraten
Forum Neues Offenbach

Offenbach, den 14. März 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Unterzeichner, fordern die Parteien auf, noch vor der Kommunalwahl die Möglichkeiten zur Abwehr der drohenden Verlärmung und Schadstoffbelastung unserer Stadt durch den Flughafenausbau öffentlich zu formulieren. Der bloße Verweis auf die laufenden Gerichtsverfahren reicht für eine glaubwürdige Stellungnahme nicht aus. Wer Bürgerbeteiligung ernst meint, muss beim Flughafenausbau und dessen nachteiligen Folgen anfangen. Nur gemeinsam werden wir diese noch abwenden können!

Die Fraport AG will, ohne die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über die Klage der Stadt Offenbach abzuwarten, die Landebahn Nordwest im Herbst in Betrieb nehmen. Es gibt für die Fraport AG keinen Grund zur Eile, die Verkehrszahlen machen eine Inbetriebnahme im Herbst nicht erforderlich; sie liegen weit unter den Prognosen des Planfeststellungsverfahrens. Parallel zur drohenden Inbetriebnahme hat das Forum Flughafen und Region ein Maßnahmenpaket vorgestellt. Als dessen Ergebnis mag es an manchen Stellen im Rhein-Main-Gebiet vorübergehend etwas leiser werden, für Offenbach be-

deutet es aber mehr gesundheitsschädlichen Fluglärm und Feinstäube aus den Flugzeugabgasen. Das Maßnahmenpaket bedeutet auch für Offenbach die Vergrößerung der Schutzzonen mit Bauverböten und die Auflage, den passiven Schallschutz selbst zu finanzieren. Mit der Akzeptanz dieses Vorschlages des Forums Flughafen und Region (FFR) würde die Tag-Schutzzone 2 (TGZ 2) von der Mülhheimer und Obertshausener Stadtgrenze im Osten, vom Kuhmühlgraben und dem Main im Norden, der Stadtgrenze im Westen und den südlichen Siedlungsgrenzen der Rosenhöhe, von Tempelsee und Bieber reichen und so Offenbach dauerhaft mit gesundheitsschädlichem Fluglärm überziehen – Hinzu kommt die Siedlungsbeschränkung mit dem Verbot der Entwicklung neuer Baugebiete.

Wenn dagegen in Frankfurt nach den geltenden internationalen und nationalen Regeln des Luftverkehrs geflogen würde (d.h. nach den Windverhältnissen), wären nur noch geringe südwestliche Teile Offenbachs (d.h. von Lauterborn) von einer Tag-Schutzzone 2 überlagert und somit würde die Verlärmung und Verschmutzung Offenbachs durch den Luftverkehr deutlich geringer als bisher sein.

Wir sind erstaunt, dass zu dieser gesundheitsgefährdenden Verlärmung und Verschmutzung durch den Luftverkehr sich die Offenbacher Parteien durch fehlende Bereitschaft die Öffentlichkeit zu mobilisieren ausgezeichnet haben. Soll dieses Schweigen als Paradigmenwechsel verstanden werden? Will sich die Politik in Offenbach schon vor dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts kampfflos der drohenden Verlärmung und Verschmutzung ergeben und sich nur noch mit einem Nachtflugverbot beschäftigen?

Die nach einem Ausbau des Flughafens erhöhte Lärmbelastung der Stadt Offenbach würde dazu führen, dass nach dem Fluglärmschutzgesetz die Stadt Offenbach und die freien Träger nicht mehr in der Lage sein werden Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Seniorenanlagen (also besonders schutzbedürftige Einrichtungen) bedarfsgerecht und nachhaltig zu

entwickeln oder mit Neubauten der Bevölkerung entsprechende Angebote machen zu können. So würde beispielsweise erforderliche Maßnahmen zur Entwicklung aller Krankenhäuser oder der beruflichen Schulen in Offenbach zur Disposition einer ferneren Landesbehörde und der Zustimmung der Fraport AG gestellt. Zum Schutz der Nutzer und Mitarbeiter dieser Einrichtungen sind die Träger gesetzlich verpflichtet, passiven Lärmschutz in allen Einrichtungen einzubauen und selbst zu finanzieren. In Offenbach sind dies mehr als 85 Millionen Euro, und mit dem Maßnahmenpaket des FFR über 100 Millionen Euro. Auch die Immobilienbesitzer und Wohnungseigentümer müssen innerhalb der Schutzzonen für passiven Lärmschutz sorgen: privat zu erbringende Aufwendungen, weil der Flughafen Frankfurt ausgebaut wird.

Insgesamt hätte die Inbetriebnahme der neuen Landebahn zur Folge, dass die kommunale Selbstverwaltung quasi aufgehoben, die Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats letztlich massiv eingeschränkt und eine eigenverantwortliche Entwicklungsplanung der Stadt Offenbach verhindert würde. Außerdem bewirkte der Flughafenausbau weitere Restriktionen in der kommunalen Entwicklungsplanung.

- Wir haben erstaunt zur Kenntnis genommen, dass sich bisher keine Fraktion und keine Offenbacher Partei zu diesen Fragen und Problemen vor der Kommunalwahl öffentlich und wahrnehmbar geäußert hat.
- Wir haben erstaunt zur Kenntnis genommen, dass sich bisher keine Fraktion und keine Offenbacher Partei zu den für Offenbach negativen Folgen des Maßnahmenpakets des FFR geäußert hat, oder gar der Versuch unternommen wurde, die Öffentlichkeit gegen die drohende Verlärmung und Luftverschmutzung zu mobilisieren.
- Wir haben erstaunt zur Kenntnis genommen, dass sich die Offenbacher Fraktionen und Parteien lediglich mit der Anordnung eines Nachtflugverbots zwischen 23:00 und 5:00 Uhr zufrieden geben wollen und den Abwehrkampf gegen den Flughafenausbau und die drohende Verlärmung der

Stadt Offenbach eingestellt haben. Der Schutz der Nacht- und der Tagesrandstunden ist für sie überhaupt kein Thema mehr.

- Wir haben erstaunt zur Kenntnis genommen, dass bisher seitens der Parteien und Fraktionen kein nachhaltiger Versuch unternommen wurde, die Öffentlichkeit mit dem deutlichen Ziel einer Mobilisierung zu informieren und damit Druck für wirkungsvolle Entlastungsmaßnahmen oder Auflagen durch das Bundesverwaltungsgerichts aufzubauen.

Wir, die Unterzeichner, sind der Auffassung, dass die bisherige Passivität der Kommunalpolitiker nicht geeignet ist, die Interessen der Stadt Offenbach durchzusetzen und in dieser Frage keine der angetretenen Parteien wählbar ist. Trotzdem fordern die Unterzeichner alle WahlbürgerInnen auf, am 27. März 2011 zur Wahl zu gehen. Es gibt viele Möglichkeiten – vom Kumulieren über Panaschieren bis zur Enthaltung – bei Wahlen seiner Meinung Ausdruck zu verleihen; nicht zur Wahl zu gehen wäre der falsche Weg.

Wir stellen deshalb allen zur Wahl antretenden Parteien und Kandidaten folgende Fragen und bitten um Beantwortung noch vor der Wahl am 27. März 2011:

1. Halten Sie die Vorgehensweise der Fraport AG für richtig, auch ohne gerichtliche Entscheidung über die Baugenehmigung, die Landebahn Nordwest in Betrieb zu nehmen?
2. Sollte der Betrieb auf der Landebahn Nordwest nicht mehr zu verhindern sein, was werden Sie gegen die sich daraus ergebende Verlärmung Offenbachs unternehmen? Was werden Sie gegen eine bevorzugte Betriebsrichtung West (d.h. Landungen über Offenbach) und eine erhöhte Rückenwindkomponente beim Landebetrieb unternehmen?
3. Warum ist Ihre Partei/Fraktion in den letzten Monaten in der zum Flughafenausbau und zum Maßnahmenpaket des Forums Flughafen Region unauffällig geblieben?

4. Halten Sie eine bessere Information, Beteiligung und Mobilisierung der Öffentlichkeit durch ihre Partei/Fraktion in dieser Frage für erforderlich und wie sollte diese aussehen?
5. Wie wollen Sie zukünftig, bei den erwarteten Bauverbots in den Schutzzonen, die Versorgung der Offenbacher Bevölkerung mit wohnortnahen Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sicherstellen?
6. Wie wollen Sie in den nächsten Jahren angesichts der finanziellen Situation der Stadt Offenbach die erforderlichen Mittel für den passiven Schallschutz an den städtischen Einrichtungen aufbringen?
7. Halten Sie es für hinnehmbar, dass die Stadt Offenbach die im Maßnahmenpaket des FFR vorgesehenen, sogar noch über die Bestimmungen im Planfeststellungsbeschluss hinausreichenden weitergehenden Belastungen übernehmen soll?
8. Halten sie eine Lärmaktionsplanung der Stadt, trotz der Konterkarierung durch den Fluglärm, für sinnvoll?
9. Wenn die Landebahn Nordwest trotz aller Bedenken in Betrieb gehen sollte, welche Entlastungsmaßnahmen sollten dann vordringlich zur Entlastung Offenbachs durch die Deutsche Flugsicherung veranlasst werden?
10. Offenbach hält in Hessen den traurigen Rekord der Schulabbrecher. Nachweislich trägt Fluglärm zur Minderung des Lernerfolgs bei. Wie soll unter den zukünftig schlechteren Rahmenbedingungen in Offenbach eine erfolgreiche Aus- und Weiterbildung betrieben werden?

Für die Initiatoren und die Unterzeichner



Ingrid Wagner